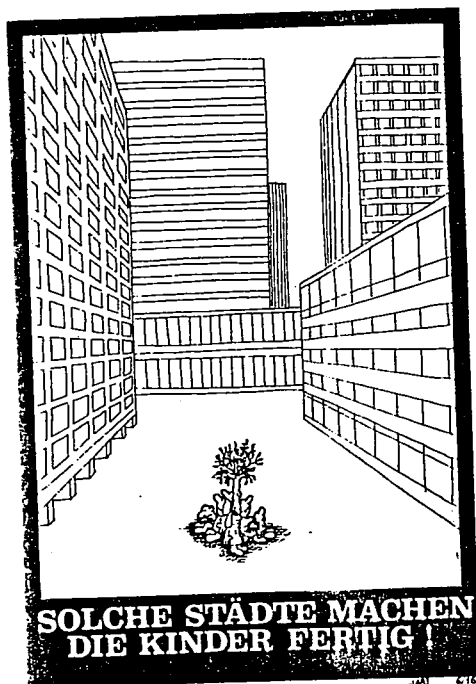


Mitwirkung ist in einer sozialkulturellen Einrichtung nur zu erreichen, wenn die Mitarbeiter dies wollen. Einführung von Mitwirkung kann zwar dienstliche Verpflichtung sein, wird aber durch Mitarbeiter, die ein solches Konzept innerlich nicht ertragen - oft unbewußt - verhindert. Das gewünschte Mitwirkungsmodell muß insbesondere den hauptamtlichen Mitarbeitern genau bekannt sein. Die Berater der Mitwirkungsgruppen können ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie die Möglichkeiten der Einrichtung kennen und über Entscheidungskompetenzen verfügen, da oft außerhalb der Geschäftszeiten getagt wird und ad-hoc Beschlüsse zu fassen sind. Der Berater vertritt als Informator in den Mitwirkungsgruppen sowohl den Träger als seine Kollegen, aber auch den Raumplan und die finanziellen wie sächlichen Mittel. Seine Arbeit ermöglicht in einer komplexen Einrichtung erst die Mitwirkung an übergeordneten Belangen (Abstimmung von Programmen, Zusammenarbeit).



II. Gerd Brückner/Friedhelm Vahsen, Hildesheim:

Politische Aktivierung durch parteinahe Stadtteilkulturarbeit

1. Theoretische Ausgangsüberlegungen

1.1 Zum Stellenwert von Stadtteilkulturarbeit

In einer sozialpädagogischen Fachzeitschrift wird unter Stadtteilkulturarbeit verstanden, das "sichtbar zu machen, was Menschen im Stadtteil zustande bringen" (Sozialmagazin 10/79 S. 55). Kett versteht unter Kultur "wie sich Menschen zu ihren Lebensbedingungen äußern" (Kett 1981 S. 2). Die sich in beiden Definitionen andeutende Alltagsorientierung von Stadtteilkulturarbeit - fast schon ein Schlagwort sozialpädagogischen Arbeitens - verweist auf eine Idealvorstellung, Kultur nicht als Reservat humanistisch-orientierter Bildungsbürger zu begreifen, sondern die Lebensbedingungen von Menschen in ihrem sozial-ökologischen Umfeld (Baacke) zum Ausgangs- und Bezugspunkt stadtteilorientierter Sozialarbeit zu machen. Diese auch in den Locomer Thesen zur Stadtteilkultur verfochtene Orientierung von Stadtteilarbeit will nicht nur Mitgestaltung und Alltagskultur fördern, sondern strebt auch die Veränderung der Lebensbedingungen generell an.

Unterscheidet man in Anlehnung an Habermas drei analytische Lebenssysteme Arbeit - Herrschaft - Interaktion, und untersucht man deren Wechselspiel und Verknüpfung, dann wird deutlich, daß Stadtteilkulturarbeit zunächst auch nur einen segmentellen Ausschnitt menschlicher Interaktionen erreicht. Überdeutlich wird dies bei der Betrachtung der Schwierigkeiten vorhandener soziokultureller Zentren, eine Verbindung von Kulturarbeit und politischem Handeln herzustellen, nämlich, die in den Zentren erlernten Fähigkeiten in politisches Handeln in der Gesellschaft umzusetzen (Hübener o.J. S. 191). Das hier vorgestellte Projekt versucht nun unmittelbar im politischen System einer Partei selbst anzusetzen und Veränderungsprozesse zu initiieren, die sowohl parteiliche Interaktionsstrukturen beinhalten als auch das Kommunikationssystem Stadtteil.

1.2 Adressatenkreis und Aktivierungsschwerpunkte

Die von Offe u.a. dargestellte und untersuchte zunehmende Disparität der Lebensbereiche spiegelt sich auch in den Parteistrukturen wider. Auf der horizontalen Ebene betrifft dies u.a. die Distanz von Parteimitgliedern untereinander, die Segregationserscheinungen einzelner Gruppierungen innerhalb der Partei (z.B. junge versus alte Mitglieder), die Erlahmung

von Parteiaktivitäten, aber auch die Trennung von Parteien und Lebensbereich. Vertikal lassen sich auf kommunalpolitischer Ebene Hierarchisierungen feststellen, Funktionalisierungstendenzen einzelner Parteigremien für (in-)formelle Subgruppen, Ausblendung von Mitgliedern aus Entscheidungsprozessen und vieles andere mehr. Dieser Prozeß soll hier als legitimatorische Krise definiert werden, der sowohl politische Apathie, aber auch Aggressivität produziert als auch kommunalpolitische Entscheidungen zunehmend systemischer Kontrolle durch eigentlich vorhandene Kontrollmechanismen entzieht.

Aus der hier nur knapp dargestellten Bestandsaufnahme politischer Entscheidungsstrukturen heraus und aus dem Vorsatz, diesen zunehmenden Distanzierungsprozeß zu durchbrechen und vielleicht sogar Formen des Gemeinschaftshandelns (M.Weber) zu entwickeln, entstand das Nordstadtprojekt Hildesheim. D.h., diese Idee entstand nicht im Stadtteil selbst, sondern im Vorstand einer Partei, mit dem Ziel, parteiliches Handeln zu verändern! Die Auswahl des Stadtviertels - eines traditionellen Arbeitsviertels, von der Bahnlinie gegenüber der Stadt abgetrennt - als Ansatzpunkt des Projektes erfolgte im wesentlichen aufgrund der im Rahmen eines Forschungsprojektes durchgeführten Untersuchung einzelner Hildesheimer Stadtteile und Angebotsdefiziten im Bereich der Jugendarbeit, nach Problemgruppen, nach infrastrukturellen Mängeln etc.

Die Ergebnisse dieser Studie waren so eindeutig und erbrachten eine so eindeutige Benachteiligung dieses Stadtgebietes, daß hier ein Ansatzpunkt für eine Aktivierung nahelag. Die sozialstrukturellen Daten des Stadtviertels ließen auf der anderen Seite auf gewachsene Identitätsstrukturen innerhalb des Gebietes schließen, auf eine durch eine gemeinsame Geschichte entstandene Identifikation mit den umgebenden Lebensbezügen. Für die Bewohner des Gebietes äußert sich dies am prägnantesten durch die trotzig selbstbehauptende Identifikation mit ihrem Wohnbereich: Das "hinter der Bahn" bedeutet Gemeinsamkeit und Ausgrenzung zugleich.

2. Sozialstruktur des Stadtviertels im Vergleich zu vorhandenen Freizeittätigkeiten privater und öffentlicher Träger

Aus der Gegenüberstellung der Sozialstatistik von Hildesheim insgesamt und der Nordstadt wird deutlich, daß hier eine hohe Zahl von Ausländern wohnt, der Bildungsstand - nach Schulabschlüssen bewertet - der niedrigste ist und gleichzeitig Randgruppen hier übersignifikant repräsentiert sind, so z.B. "Jugend-Gerichtshilfefälle", angeordnete Fürsorgeerziehung. Faßt man alle Werte der Hildesheimer Sozialstatistik zusammen, dann ergibt sich eindeutig das Bild eines sozialstrukturell von den anderen Stadtteilen abweichenden Stadtteils. (Abb. 1)

Abb. 1:

Sozialstatistik des statistischen Bezirks Nord mit Steuerwald (03)
(Keil 1980)

Bevölkerung	Anteil Kinder und Jugendliche					ins-ges.	Anteil Ausländer und Ausländerkinder			
	0-6	6-12	12-15	15-18	0-6		6-12	12-16	16-18	
12.729	734	942	490	507	1.163	163	149	30	22	

Bildungsstand (Rangwert)	Unvollständige Fam.,ge-schieden	FE/FEH § 5/6	JGH	Besonders belastete Straßen	Gesamt Index
Schulabschluß	Arbeiteranteil			9 ⁺	
1	3	601	26	104	17

+) Pferdeanger, Steuerw. Straße, Martin-Luther-Str., Heinrichstr., Hochkamp, Langer Garten, Mastbergstr., Jungborn, Richthofenstraße.

Auf der Angebotsseite steht dem relativ wenig gegenüber: Die Zahl der Institutionen, die sich z.B. an Jugendliche wendet, ist nicht nur quantitativ gering; die Angebotsstruktur ist fast ausschließlich auf den sportlichen Bereich ausgerichtet. Insgesamt 6 Jugendverbandshäuser (3 JvH I und 3 JvH II) und 4 'Sonstige Institutionen' sind in Nord ansässig. Nach eigenen Angaben haben diese zwar keinen zusätzlichen Personal-, wohl aber Raumbedarf. Die 13 zur Zeit noch fehlenden Räume werden sich jedoch bis zum Jahre 1985 voraussichtlich auf 7 reduziert haben, 98,33 % der Teilnehmer sind Mitglieder: Nichtorganisierte nehmen kaum die Angebote wahr. Die Hälfte der Institutionen erreicht auch ausländische Kinder und Jugendliche: der Anteil der Ausländer an der Gesamtteilnehmer beträgt 19,3 %. Nur 3 Institutionen haben in geschlechtsspezifischer Hinsicht ein und ausgeglichenes Verhältnis: doppelt so viele Einrichtungen haben "überwiegend" oder gar "ausschließlich männliche" Teilnehmer. Nur 1 mal wird angegeben, daß weibliche Besucher überwiegen. Mit Straffälligen, Zigeunern und sonstigen Problemgruppen arbeiten zwei Einrichtungen. Sportliche Tätigkeiten, Freizeitgestaltung/Regeneration, gefolgt von Gruppenarbeit, OT-Arbeit, Beratung und Schulungen werden hinsichtlich der Arten/Ziele der Angebote genannt. Die gebräuchlichste Form/Methode, die angewandt wird, ist die Gruppenarbeit, gefolgt vom Wettkampf. Fast ein Drittel der Einrichtung ist nicht ausgelastet und kann evtl. noch zusätzliche Angebote machen. Täglich sind mindestens 3 und höchstens 8 Einrichtungen offen; die tägliche Gesamtöffnungszeit differiert zwischen 14 und 29 Stunden. Von montags bis samstags öffnen die Einrichtungen um 14 Uhr und schließen gegen 21 Uhr. 4 Institutionen haben auch sonntags geöffnet. Eine Einrichtung öffnet bereits um 9 Uhr; um 19 Uhr schließen die letzten.

3. Angebots- und Kommunikationsdefizit in der Freizeit - Ergebnisse der Voruntersuchung in der Nordstadt

Der im vorangegangenen Abschnitt erläuterten theoretischen Position der Projektgruppe und der daraus ableitbaren Zielsetzung für ihre Arbeit lassen sich problemlos eine Reihe denkbarer Realisierungsansätze zuordnen. Vor dem Eintritt in die praktische Arbeitsphase erschien es uns sinnvoll, die theoretische Position durch empirische Daten über den Meinungsstand innerhalb der Bevölkerung des Stadtteils zu ergänzen. Zu diesem Zweck wurden 1 % der Bevölkerung des Stadtteils befragt. Die Stichprobe war nach den Kriterien "Lage der Wohnung im Stadtteil", "Alter" und "Geschlecht" repräsentativ. Die Befragung sollte Antwort auf zwei Hypothesen geben, die aus der im letzten Abschnitt formulierten theoretischen Zielsetzung der Projektgruppenarbeit ableitbar sind:

Hypothese I: Aufgrund des Mangels an Freizeitangeboten in der Nordstadt bestehen defizitäre Kommunikationsstrukturen.

Hypothese II: Die Bewohner haben den Wunsch, verstärkt miteinander zu kommunizieren.

Beide Hypothesen müssen aufgrund der Ergebnisse der Befragung vorläufig aufrechterhalten werden:

Zu Hypothese I: Deutliche Kommunikationsdefizite zeigen sich bei Kontakten zu Nachbarn. Der Medianwert bezüglich der Gesprächshäufigkeit mit Nachbarn liegt bei der Nennung "höchstens einmal in der Woche". Bezüglich einer Frage nach gegenseitigen Besuchen unter Nachbarn findet sich der Median bei der Nennung "fast nie". Bei 22 % aller Befragten liegt ein ähnlich starkes Kommunikationsdefizit, auch in bezug auf Freundes- und Bekanntengruppen, die über die unmittelbare Nachbarschaft hinausgehen, vor. Sie fühlen sich keinem festen Personenkreis zugehörig (Personenkreis = Freundesgruppe, Bekanntenkreis, Verein u.ä.). 70 % der Befragten fühlen sich einem (einigen) Personenkreis zugehörig, 8 % sind in mehreren festen Gruppen integriert. Fast 90 % derjenigen Befragten, die sich einer oder mehreren Personengruppen zugehörig fühlen, halten jedoch die Möglichkeiten, sich innerhalb des Stadtteils mit Freunden und Bekannten außerhalb der Privatwohnung zu treffen, für unzureichend. Für 50 % aller Befragten sind die Möglichkeiten, in ihrem Stadtteil "neue Leute" kennenzulernen, ungenügend. Als Konsequenz daraus kann die Antwort von 58 % der Befragten gewertet werden, die sich mit Freunden, Bekannten und Vereinskameraden meist außerhalb der Nordstadt treffen.

Zu Hypothese II: Der Wunsch der Bevölkerung der Nordstadt nach einer verbesserten öffentlichen Kommunikationsstruktur kommt im folgenden Ergebnis auf die Frage: "Welche der folgenden Möglichkeiten, sich außerhalb der Privatwohnung mit Freunden, Bekannten usw. zu treffen, halten Sie in der Nordstadt für unzureichend?" zum Ausdruck (insgesamt 67 Befragte, 35 männlich, 32 weiblich, Mehrfachnennungen - Prozent-Angabe: unzureichend):

- Altenbegegnungsstätte (24 %)
- Kaffee-/Imbißstube (67 %)
- Jugendzentrum (81 %)
- Kinderspielplätze (64 %)
- öffentliche Begegnungsstätte (Kommunikationszentrum) (91 %)
- Sporteinrichtungen (58 %)
- Vereine (38 %).

In die gleiche Richtung weist der Wunsch von 88 % aller Befragten nach einem Bürgerfest in ihrer Nachbarschaft oder ihrem Stadtteil. 64 % würden sich sogar an der Organisation eines Festes beteiligen.

Weniger deutlich als der Wunsch nach verbesserten öffentlichen Kommunikationsmöglichkeiten im Stadtteil wird der Wunsch nach einer Veränderung der privaten nachbarschaftlichen Kommunikationsmöglichkeiten artikuliert: nur ca. 20 % der Befragten sprechen sich deutlich für eine stärkere Öffnung den Nachbarn gegenüber aus. In individuellen Problemsituationen erhöht sich dieser Anteil auf 44 %. (Eine gesonderte Analyse dieser im Gegensatz zu dem Wunsch nach verbesserten öffentlichen Kommunikationsstrukturen recht geringen Tendenz zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Kommunikationsmöglichkeiten findet sich bei Kokerbeck & Mertens, 1980)

4. Realisierungsansätze stadtteilkulturellen Arbeitens

Die Ableitung der theoretischen Zielsetzung der Projektgruppenarbeit und die oben vorgestellten Ergebnisse einer Meinungsumfrage unter den Bürgern der Nordstadt haben die Projektgruppe dazu veranlaßt, ihr Hauptaugenmerk auf Realisierungsansatz zur Verbesserung der öffentlichen Interaktionsmöglichkeiten innerhalb der Nordstadt zu legen. Erst in einem zweiten Schritt - der noch nicht realisiert werden konnte - war die Diskussion von Möglichkeiten zur Verbesserung der nachbarschaftlichen Kommunikation geplant. (Eine mittlerweile andiskutierte Möglichkeit ist die der Hinterhofsanierung unter Beteiligung der Bewohner der angrenzenden Häuser.)

Die Aktivitäten zur Verbesserung der öffentlichen Kommunikationsmöglichkeiten wurden in 5 Bereichen entfaltet:

- Bürgerberatung
- Stadtteilzeitung
- Sommerfest
- Bürgerversammlung
- Stadtteilbegehung.

Die Reihenfolge der aufgelisteten Aktivitäten korrespondiert mit der durch die Projektgruppenmitglieder eingeschätzten Wirksamkeit der verschiedenen methodischen Ansätze im Hinblick auf die oben formulierte Zielsetzung. Im folgenden sollen die verschiedenen Realisierungsansätze kurz erläutert und Hinweise auf ihre Wirksamkeit gegeben werden:

4.1 Bürgerberatung

Die Bürgerberatung findet in einem angemieteten Laden in der Nordstadt (ca. 25 qm) statt. Der Laden dient darüberhinaus als Treffpunkt für die Projektgruppenmitglieder, als Redaktionsraum für die Stadtteilzeitung usw. Die Beratungsarbeit wird von einem Frührentner geleistet, der ehemals Amtmann in der Verwaltung der Stadt Hildesheim und Personalratsvorsitzender war. Heute noch ist er aktiver Arbeitsrichter. Der "Berater" steht zweimal in der Woche für jeweils 3 Stunden ratsuchenden Bürgern zur Verfügung.

Zusammenfassend kann die Tätigkeit dieses "Beraters", der selbst in der Nordstadt aufgewachsen ist, folgendermaßen dargestellt werden:

- Hilfe bei Anträgen an Ämter der Stadt oder andere Behörden
- Sammelstelle für Klagen von Bürgern über Mißstände im Stadtteil
- Sammelstelle für Verbesserungsvorschläge in bezug auf die Umweltgestaltung im Stadtteil
- Informationsstelle in Alltagsfragen
- Gesprächsmöglichkeiten bei persönlichen (psychosozialen) Problemen
- Vermittlungen an kompetente Behörden, Beratungsstellen, therapeutische Einrichtung usw.

Eine detaillierte Auswertung der Beratungsarbeit konnte aufgrund einer sorgfältigen Tagebuchführung der Beratungskontakte erstellt werden. Hier werden die wichtigsten Ergebnisse dokumentiert. Diese Dokumentation bezieht sich auf den Zeitraum vom 15. Februar 1980 bis zum 5. Mai 1981. Von Februar 1980 bis August 1980 wurden jeweils montags und freitags jeweils 2 stündige Sprechstunden durchgeführt. Aufgrund der großen Nachfrage wurden ab September 1980 zusätzliche Termine, nämlich dienstags und donnerstags mit ebenfalls jeweils 2 stündiger Kontaktmöglichkeit eingerichtet. In dem o.g. Zeitraum wurden insgesamt 343 Kontakte registriert. Davon wurden in 32 Fällen Paarberatungen durchgeführt, d.h. insgesamt wurden 375 Personen durch den "Berater" erreicht.

Im folgenden sind einige sozialstatistische Daten der beratenen Personen aufgelistet:

Alter:	-Jugendliche und junge Leute (bis 25 Jahre): 11%
	-Erwachsene (25-65 Jahre): 54%
	-ältere Bürger (über 65 Jahre): 32%
	-keine Angabe: 3%
Geschlecht:	-männlich: 51 %
	-weiblich: 47 %
	-keine Angabe: 2 %
Beruf:	-Schüler 5 %
	-Berufstätige/Hausfrau/arbeitslos 65 %
	-Rentner 30 %
Wohnort:	-30 % der Ratsuchenden wohnten nicht in der Nordstadt
	-26 % wohnten in anderen Hildesheimer Stadtteilen
	- 4 % wohnten außerhalb Hildesheims
Nationalität:	-Deutschland 91 %
	-Türkei 5 %
	-andere + 2 %
	-keine Angabe 2 %

+ jeweils 1 Ratsuchender stammte aus Polen, Griechenland, Spanien, Italien, Großbritannien, 1 Staatenloser

Behinderung:

Besonders ausgezählt wurden Ratsuchende mit Behinderungen oder Erkrankungen. Insgesamt 13 % aller Ratsuchenden wiesen derartige Beeinträchtigungen auf:

- Schwerbehinderte 11 %
- sonstige Behinderungen 1 %
- Alkoholiker oder durch Krankheit Erwerbsunfähige 1 %

Die Inhalte der Beratungsvorgänge lassen sich im wesentlichen in folgende Kategorien einordnen:

- Informationen geben
- Weitervermittlung von Ratsuchenden an geeignete Einrichtungen
- Hilfe bei Stellen von Anträgen usw.
- Entgegennahme von Beschwerden und Verbesserungsvorschlägen
- psycho-soziale Beratung.

Informationen geben: In 85 % der Fälle wurden Auskünfte im Rahmen persönlicher Gespräche im Beratungsladen gegeben. 4 % der Ratsuchenden wandten sich telefonisch an den "Berater", ihnen wurde durch ein telefonisch geführtes Beratungsgespräch die gewünschte Information gegeben. In 11 % der Fälle beschränkte sich die Aktivität des "Beraters" auf das Ausgeben von Informationsbroschüren.

Weitervermittlung der Ratsuchenden an geeignete Einrichtungen:

In 34 % aller Beratungsvorgänge wurden Ratsuchende an geeignete andere Einrichtungen weiterverwiesen. 62 % der Weitervermittlungen erfolgten zu Ämtern der Stadt oder anderen Behörden mit Sitz in Hildesheim; 38 % der Weitervermittlungen erfolgten an andere Einrichtungen. Im einzelnen finden sich die Ämter oder Einrichtungen, an die Ratsuchende weitervermittelt wurden, in den folgenden Tabellen (die Zahlen geben die absoluten Häufigkeiten an):

Sozialamt	19	AOK	3
Versicherungsamt	15	BfA	1
Versorgungsamt	5	Handwerkskammer	1
Jugendamt	4	IHK	1
Finanzamt	4	Betriebsrat	1
Ordnungsamt	2	Reichsbund	2
Bauamt (Bauförderungsamt, Liegenschaftsamt)	3	Gemeinn.Wohn.bau.ges.	4
Bauordnungsamt	1	Mieterschutzverein	14
Bauverwaltungsamtsamt	1	Vermieter	1
Verkehrsamt	2	Haus-u.Grundbes.V.	2
Vertriebenenamtsamt	1	Rechtsanwalt	3
Ausgleichsamtsamt	1	Anwaltl.Rechtsberat.	1
Ausländerstelle	2	Rechtsauskunftsstelle am Amtsgericht	4
		Dolmetscher	1

Wahlamt	2	Altentagesstätte	1
Stadtverwaltung	1	Pflegehelferschule	1
Wohngehdstelle	2	Fa. Blaupunkt	1
Arbeitsamt	5	SPD	2
Stadtwerke	1		
Standesamt	1		116

Hilfe beim Stellen von Anträgen: 30 % der Beratungsvorgänge waren Hilfen beim Ausfüllen von Formularen, Anträgen. In 18 Einzelfällen half der Berater dabei, Schreiben in freier Form an Behörden aufzusetzen, weil den Ratsuchenden die notwendigen Fertigkeiten zum schriftlichen Ausdruck von Sprache fehlten.

Entgegennahme von Beschwerden und Verbesserungsvorschlägen: 15 % der Beratungsvorgänge bestanden im wesentlichen aus der Entgegennahme von Beschwerden und Verbesserungsvorschlägen einzelner Bürger bezüglich ihrer Lebenssituation im Stadtteil und der Weitergabe dieser Äußerungen an die Projektgruppe bzw. politische Entscheidungsträger, mit denen der "Berater" in persönlichen Kontakten stand.

Psycho-soziale Beratung: Hauptinhalt der Beratungsvorgänge war in 12 % der Fälle das problemorientierte Gespräch mit dem Ratsuchenden. Die Inhalte psycho-sozialer Beratungsvorgänge sind in der folgenden Tabelle mit Angabe der jeweiligen absoluten Häufigkeit aufgelistet:

- Vormundschaftssache	1
- Erziehungsberechtigung von Großkind	1
- 16Jährige: Eltern wandern aus, sie will hierbleiben	1
- familiäre u. Partnerschaftsprobleme	7
- Mutterschaft	1
- Ehepartner verstorben	4
- Vereinsamung älterer Menschen	3
- Umsiedler findet sich nicht zurecht	1
- Nachbarin wird von Angehörigen nicht ausreichend versorgt	1
- finanzielle Probleme	4
- Alkoholismus	6
- Arbeitslosigkeit	7
- Krebsleiden	2
- Fortbildung	1
	<hr/>
	40

Zusammenfassend kann das Angebot einer Bürgerberatung in der Nordstadt als von der Bevölkerung des Stadtteils angenommen bezeichnet werden. Der Erfolg des Beratungsangebots beruht jedoch auf einer Reihe kaum zu generalisierender situationsspezifischer Merkmale. An hervorragender Stelle ist hier die Qualifikation des Beraters zu nennen, der nicht nur die Lebensbedingungen in der Nordstadt aus eigener Erfahrung kennt und auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit mit Verwaltungsabläufen sehr vertraut ist, sondern darüber hinaus über persönliche Bezüge zu Mitarbeitern in der Verwaltung und anderen öffentlichen Einrichtungen der Stadt Hildesheim verfügt. Erst die Nutzung dieser vielfach informellen Kontakte und Kenntnisse des Bürgerberaters machten seine Arbeit so erfolgreich.

4.2 Stadtteilzeitung

Neben der im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Bürgerberatung stellt die Herausgabe eines Stadtteil-Informationsblattes einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit der Projektgruppe dar. Die Zeitung, aufgrund der geographischen Lage der Nordstadt in Hildesheim "Hinter der Bahn" genannt, erscheint alle zwei Monate in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Sie wird kostenlos an alle Haushalte des Stadtteils verteilt. Im wesentlichen wird sie von Mitgliedern der SPD, die im Stadtteil wohnen, zur Verteilung gebracht. Finanziell trägt sich die Zeitung durch Anzeigen und Spenden. Die Zeitung umfaßt 8 Seiten im Format B3. Diese Größe wurde gewählt, um einerseits rein optisch den Unterschied zu Reklamewurfsendungen deutlich zu machen und andererseits die Druckkosten niedrig zu halten. Die Zeitung berichtet über aktuelle Geschehnisse in der Nordstadt und dient der Projektgruppe als Publikationsorgan. Eine besonders zu erwähnende Serie ist die Schilderung der "Stadtteilgeschichte" durch Bewohner der Nordstadt selbst. Die Zeitung soll bei den Bürgern des Stadtteils ein "Stadtteilbewußtsein" schaffen und sie dazu anregen, ihre Bedürfnisse, Wünsche und ihre Kritik öffentlich zu äußern.

Über die Wirksamkeit der Stadtteilzeitung sind Aussagen z.Zt. nur im Ansatz möglich. Die aktive Rückmeldung von der Leserschaft ist sehr gering. Pro Ausgabe werden in der Regel 2-3 Leserbriefe geschrieben. Quantitative oder qualitative Aussagen über die Lesegewohnheiten der Adressaten der Zeitung können von der Projektgruppe z.Zt. nicht gemacht werden. Eine indirekte Schlußfolgerung auf ein positives Echo der Zeitung bei ihrer Leserschaft lassen Aussagen von Inserenten zu. Sie bringen zum Ausdruck, daß ihr Umsatz (z.B. Besucherzahlen in Gaststätten) seit der Inserierung in der Nordstadtzeitung leicht angewachsen ist und Gäste u.a. direkt auf die Anzeige in der Zeitung hinwiesen.

4.3 Sommerfest

Das Sommerfest ist ebenfalls als Versuch zu verstehen, ein "Stadtteilbewußtsein" und damit ein verstärktes Engagement bei den Bürgern der Nordstadt zu schaffen. Die Vorbereitung und Durchführung des als Bürgerfest für den gesamten Stadtteil angelegten Sommerfestes im Spätsommer 1980 überstieg die personelle Kapazität der Projektgruppe. Ein erheblicher Teil der Vorbereitungen wurde von Mitgliedern der SPD, die in der Nordstadt wohnen, geleistet. Dazu gehört u.a. das Verteilen von ca. 5000 Handzetteln sowie das Anbringen von Werbeplakaten an verschiedenen Stellen in der Nordstadt. Die örtliche Presse wurde über das geplante Fest informiert. Das Fest ähnelte einem Volksfest, neben einem großen Festzelt war eine "Schießbude" auf dem Festgelände aufgebaut. Neben diesen üblichen, volksfestähnlichen Angeboten waren jedoch zwei Informationszelte vorhanden, in denen die Projektgruppe Aspekte ihrer Arbeit den Besuchern des Festes vorstellte. Hier sind im wesentlichen zwei Themenbereiche zu nennen:

- Information über aktuelle Fragen der sozialen und materiellen Lebenswelt in der Nordstadt
- geschichtliche Aspekte der Entwicklung der Nordstadt als eigenständiger Stadtteil in Hildesheim. Insbesondere wurde hier auf die Zeit des Faschismus von 1933-45 bezug genommen.

Die erhoffte inhaltliche Diskussion zwischen den Mitgliedern der Projektgruppe und den Bürgern der Nordstadt während des Festes blieb allerdings weitgehend aus. Von den Besuchern wurden im wesentlichen die Konsumangebote im Festzelt (Getränke und Musik) und an den Verkaufsständen und der Schießbude wahrgenommen. Neben der größeren Attraktivität der genannten Angebote für die Besucher des Sommerfestes muß die Projektgruppe jedoch auch eine Fehleinschätzung bezüglich der Kommunikationsgewohnheiten der im Stadtteil lebenden Bürger, die das Zeltfest besuchten, zugestehen. Es muß davon ausgegangen werden, daß viele Besucher durch eine Art Schwellenangst vom Betreten der Informationszelte und dem inhaltsbezogenen Gespräch abgehalten wurden.

4.4 Bürgerversammlung

Die Projektgruppe führte insgesamt zwei Bürgerversammlungen zu aktuellen Fragen bezüglich der sozialen und materiellen Umweltbedingungen im Stadtteil durch. Die Versammlungen wurden über die örtliche Presse und über die Stadtteilzeitung bekanntgegeben. Darüberhinaus wurden prominente Mitbürger und Kommunalpolitiker eingeladen. Die Versammlungen wurden in Gruppenräumen in Gaststätten durchgeführt. Sie wurden von ca. 40 Bürgern besucht. Die Besucher stammten jedoch nur zur guten Hälfte aus der Nordstadt. Darüber hinaus fanden sich Kommunalpolitiker und andere, überwiegend auch parteigebundene Interessenten ein.

Die als Forum der freien Aussprache zwischen Bürgern und Kommunalpolitikern gedachten Versammlungen erreichten hauptsächlich nur politisch organisierte oder zumindest stark engagierte Bürger. Auch bezüglich der Aktionsform Bürgerversammlung mußte die Projektgruppe eine Fehleinschätzung der Kommunikationsgewohnheiten der durchschnittlichen Stadtteilbewohner eingestehen.

4.5 Stadtteilbegehung

Eine Stadtteilbegehung wurde von Mitgliedern der Projektgruppe und interessierten Bürgern im Juni 1980 durchgeführt. Auch diese Aktion wurde in der Stadtteilzeitung frühzeitig angekündigt. Leider fanden sich nur sehr wenige Bewohner der Nordstadt dazu bereit, an diesem ausgeweiteten Spaziergang durch den Stadtteil teilzunehmen. Letztlich bestand die Gruppe nur aus Projektgruppenmitgliedern und politisch interessierten Mitbürgern, die überwiegend nicht aus der Nordstadt stammten. Bei dieser Aktion sollten im Gespräch mit den Bürgern vor Ort Probleme und Mißstände in der Nordstadt diskutiert werden. Zu diesem Zweck wurden auch 3 Informationsstände in verschiedenen Bereichen des Stadtteils aufgestellt. An diesen Informationsständen sollte über die Arbeit der Projektgruppe informiert werden, darüber hinaus sollten sie die Möglichkeit der Kontaktaufnahme zu Mitgliedern der Projektgruppe durch interessierte Bürger sein. Da die Projektgruppenmitglieder während der Stadtteilbegehung und an den Informationsständen weitgehend unter sich blieben, muß auch diese Aktion als wenig erfolgreich eingeschätzt werden.

5. Ergebnisse

5.1 Realisierungsansätze

Die Realisierungsansätze Bürgerberatung, Stadtteilzeitung und Sommerfest waren dazu geeignet, den Bürger zu erreichen und mit ihm ins Gespräch zu kommen. Die Versuche, über Bürgerversammlungen oder über eine Stadtteilbegehung den Bewohner der Nordstadt zu erreichen und mit ihm ins Gespräch zu kommen, müssen zunächst als gescheitert gelten.

5.2 Mitarbeiter

Die Mitarbeiter der Projektgruppe sind zunächst interessierte Bürger, die sich auf der Grundlage verschiedener Kontaktmöglichkeiten zusammengefunden haben. Eine wesentliche Kontaktebene stellt dabei die Zugehörigkeit zur SPD in Hildesheim dar. Innerhalb der Projektgruppe können zwei sich überschneidende Untergruppen voneinander unterschieden werden:

die Gesamtgruppe, die aus ca. 30 Personen besteht und die engere Gruppe der kontinuierlich aktiven Mitarbeiter, die ca. 7-8 Personen umfaßt. Zu dieser "engeren Gruppe" gehören ausschließlich akademisch vorgebildete Personen oder Studenten (Lehrer, Soziologen, Psychologen, Jura-Studenten, Sozialpädagogik-Studenten, Studenten der Ingenieurwissenschaft). In der Gesamtgruppe arbeiten jedoch auch "Nicht-Akademiker" mit. Die in Ansätzen realisierte Planung und der vorliegende Versuch einer Evaluation waren nur aufgrund der Qualifikation der in der "engeren Gruppe" tätigen Mitarbeiter möglich. Die konkrete Alltagsarbeit an den verschiedenen Projekten der Gruppe war jedoch nur aufgrund der aktiven Mitarbeit der Mitglieder der Gesamtgruppe möglich.

5.3 Finanzierung

Die Mitarbeit in der Projektgruppe ist für alle Mitglieder ehrenamtlich. Personalkosten entstehen aus diesem Grunde nicht. Es handelt sich um Feierabendaktivitäten politisch mehr oder weniger aktiver und mehr oder weniger parteilich gebundener Bürger Hildesheims. Die Realisierung der einzelnen Aktivitäten erfolgte zum Teil auf der Grundlage einer Eigenfinanzierung, z.B. Finanzierung der Stadtteilzeitung durch Anzeigen und Spenden, zum anderen Teil aufgrund einer Unterstützung durch die SPD in Hildesheim. Dabei werden vor allem die Kosten für den Stadtteilladen neben Spenden von Privatpersonen durch die SPD in Hildesheim sichergestellt. Sie übernimmt einen Mietanteil von ca. 1500 DM pro Jahr.

5.4 Probleme

Im Hinblick auf das Ziel, durch eine verbesserte Kommunikation der Stadtteilbewohner untereinander ein Stadtteilbewußtsein und damit eine Motivation der Bürger zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Stadtteil durch selbstinitiierte Maßnahmen zu schaffen, konnten erste Schritte realisiert werden. Es ist der Projektgruppe gelungen, einen Kontakt zur Bevölkerung des Stadtteils herzustellen. Haupttransportmittel waren dabei die oben beschriebene Bürgerberatung, die Stadtteilzeitung und das Bürgerfest. Die im nächsten Schritt von der Projektgruppe erwarteten selbstorganisierten Aktivitäten der Nordstadtbewohner sind bisher ausgeblieben. Stattdessen scheint die Gemeindebürokratie (Rat und Verwaltung) auf die Projektgruppenaktivitäten reagiert zu haben: ein mehr als ein Jahrzehnt lang gefordertes Jugendzentrum in der Nordstadt konnte im Rahmen des Nachtragshaushaltes im Herbst 1980 kurzfristig realisierbar gemacht werden. Zur Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Wohn- und Lebensbedingungen in der Nordstadt und zur Konzeption von Verbesserungsvorschlägen wurde ein Planungsbüro mit der Erstellung eines Gutachtens über die Nordstadt beauftragt.

Das Gutachten soll dem Rat in den nächsten Wochen vorgelegt werden und als Grundlage für die Planung baulicher Maßnahmen (Hoch- und Tiefbau) in der Nordstadt mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensqualität der Menschen dienen.

Das Ziel, neben den öffentlichen Kommunikationsmöglichkeiten vor allem auch die private, nachbarschaftliche Kommunikation zu verbessern, konnte von der Projektgruppe nicht einmal annähernd verwirklicht werden. Es ist der Projektgruppe bisher nicht gelungen, Zugang zu den mehr privaten Kommunikationsfeldern der Nordstadt zu bekommen (z.B. Zugang zu Hausgemeinschaften). Eine zur Verwirklichung des zuletzt genannten Ziels konzipierte Maßnahme, die Hinterhofsanierung durch Eigeninitiative von Hausbewohnern ist bisher über das Planungsstadium nicht hinausgekommen. Eine Intensivierung der Arbeit der Projektgruppe in dieser Richtung ist dringend erforderlich.

Als ein Dauerproblem ist in diesem Zusammenhang die Identifikation der Projektgruppe mit der Partei SPD in der Öffentlichkeit zu nennen. Dies schafft bei vielen politisch indifferenten Bürgern und vor allem bei solchen, die sich in anderen politischen Gruppierungen engagiert haben, Vorbehalte bezüglich der Mitarbeit in der Projektgruppe oder auch nur des wohlwollenden Anerkennens ihrer Aktivitäten. Verstärkt wurde diese Problematik durch die Tatsache, daß die Aktivitäten der Projektgruppe nahezu durchgehend kontingent zu Wahlkämpfen der Partei waren und sein werden: 1980 Bundestagswahl, 1981 Gemeindevahlen, 1982 Landtagswahl, 1983 Europawahl, 1984 Bundestagswahl usw.

Der zunächst von der Projektgruppe erhoffte und auch gerne wahrgenommene Vorteil der Nähe zu einer politischen Partei, der sich in der Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung und des Rückgriffes auf aktive Parteimitglieder für die Projektgruppenarbeit darstellte, wird unseres Erachtens mittlerweile durch die oben angedeuteten Nachteile, die durch die Identifikation mit einer politischen Partei in der Öffentlichkeit einhergehen, aufgewogen. Eine Distanzierung der Projektgruppe von der Partei ist dehalb z.Zt. Diskussionsgegenstand innerhalb der Gruppe.

Literatur:

- I. Hübener: Kulturzentren, gesellschaftliche Ursachen, empirische Befunde, Perspektiven soziokultureller Zentren, Weinheim/Basel (o.J.).
- H. Keil u.a.: Baustein Planung zur Jugendhilfe, Hildesheim 1980.
- S. Kett: Bericht über ein Seminar zu "Kultur und Politik am Beispiel Nürnberg", in: Informationen für Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung (Stip), Juni 1981, S. 2.